

Langkampfener Politiker im Visier der Justiz

Nach der umstrittenen Darlehensvergabe von 1,36 Mio. Euro an die Agrarmitglieder sorgt jetzt eine zweite steuerfreie Auszahlung in Langkampfen für Debatten.

Von Peter Nindler

Langkampfen – Die Auszahlung von Darlehen der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen in Höhe von 1,36 Millionen Euro am 26. Dezember 2010 an ihre Mitglieder sorgte für heftige politische Nachwehen. Ein Sachwalter wurde eingesetzt, die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Untreue. Und nicht nur da. Auch die Rolle von Gemeindemandataren, die eng mit der Agrargemeinschaft verbunden sind wie BM Georg Karrer, der bis Jänner des Vorjahres selbst Mitglied der Agrargemeinschaft war und dann die Anteile an seinen Sohn übergeben hat, wird untersucht. Ein Fraktionskollege von ihm ist gleichzeitig aktives Mitglied in der Agrargemeinschaft.

Warum Karrer, der, wie er gegenüber der TT erklärte, von der Darlehensauszahlung gewusst hat, und sein Gemeinderatskollege nicht gegen diese Vergabe aufgetreten sind, ist nicht nur Gegenstand einer Landtagsanfrage des Bürgerforums, sondern interessiert auch die Justiz. Denn ein entsprechendes Schreiben wurde nicht nur an die Abteilung Agrargemeinschaften übermittelt, sondern außerdem an die Staatsanwaltschaft.

Dem Bürgerforum geht es vor allem darum, die Pflichten der Gemeinderäte zu thematisieren. Sie hätten die Aufgabe, Gemeindevermögen zu schützen. „Es kann nicht sein, dass sie in ihrer Doppelfunktion als Gemeinderäte und Agrarmitglieder willkürlich gegen die Interessen der Gemeinde handeln“, sagt Bürgerforumchef LA Fritz Dinkhauser. Dinkhauser will auch wissen, wer wann etwas in Langkampfen über das Darlehen gewusst hat.

Doch nicht nur in der Agrar Unterlangkampfen gab es eine verdeckte Ausschüttung, auch die Agrargemeinschaft Niederbreitenbach sorgt mit einer steuerfreien Auszahlung von 20.732 Euro an ihre Mitglieder für heftige Diskussionen. Der Landesagrarsenat untersagte die Ausschüttung zwar nicht generell, forderte aber den Nachweis, dass das Geld aus agrarischen Einnahmen stamme. Dies konnte die Agrar aber nicht belegen, weshalb die Auszahlung nachträglich untersagt wurde. Die Agrar Niederbreitenbach erhob gegen das Nein des Landes jedoch Einspruch.